

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT
PRESSESTELLE



PRESSEMITTEILUNG Nr. 114/2012

18. Juni 2012

Mark Informationsveranstaltung zum Netzentwicklungsplan

TransnetBW und Landesregierung: "Der Netzentwicklungsplan ist eine gute Grundlage für die Konkretisierung der Ausbaupläne: ohne Modernisierung unseres Stromleitungssystems ist die Energiewende nicht zu schaffen"

Die Landesregierung und der baden-württembergische Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW haben heute (18. Juni 2012) in einer öffentlichen Veranstaltung über den Stand der Ausbauplanungen der deutschen Stromleitungen informiert. Die Veranstaltung ist Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Leitungsausbauplanung.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber legen im Leitszenario des gemeinsam entwickelten Netzentwicklungsplans einen Schwerpunkt auf den Bau von vier besonders leistungsstarken Nord-Süd-Verbindungen, wovon zwei auch durch Baden-Württemberg führen. Für Baden-Württemberg würde das rund 330 Kilometer Leitungsneubau erfordern. Laut Plan führt eine Trasse westlich von Niedersachsen über Nordrhein-Westfalen nach Philippsburg und eine östlich von Schleswig-Holstein aus kommend nach Großgartach sowie in einer Verzweigung nach Goldshöfe bei Aalen.

Umweltminister Franz Untersteller nannte den vorliegenden Vorschlag auf der heutigen Veranstaltung "belastbar und realistisch". Dem Netzentwick-lungsplan liege ein nachvollziehbarer Energie-Mix bei der künftigen





Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, konventioneller Energieerzeugung und Kraft-Wärme-Kopplung zugrunde. Deshalb überzeuge er im Ergebnis – was die Leitungsplanung betreffe – aber auch methodisch.

Auch TransnetBW-Geschäftsführer, Dipl. Ing. Rainer Joswig, sieht im Netzentwicklungsplan eine solide Planungsgrundlage für das weitere Vorgehen. "Nach der Öffentlichkeitsbeteiligung soll der dann modifizierte Plan an Bundesregierung und Bundestag weitergeleitet werden, die ihn in einem förmlichen Gesetzesverfahren als Bundesbedarfsplan erlassen", skizzierte Joswig das weitere Vorgehen. In ihm würden Anfangs- und Endpunkte der neuen Leitungen festgeschrieben sowie der grobe Verlauf, nicht aber die genaue Trassenführung. Das bleibe einem zweiten Verfahrensschritt vorbehalten.

Joswig mahnte dabei auch ein zügiges Vorgehen an: "Nicht die Kosten oder die Planungen an sich sind in meinen Augen das Problem, sondern die Frage, ob es uns gelingt, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen sowie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen derart zu gestalten, dass der Netzausbau jetzt rasch angegangen werden kann."

Wie beim jetzigen Netzentwicklungsplan sollen Bürgerinnen und Bürger auch bei der Festlegung der Trassenführung ausreichend Gelegenheit zur Beteiligung bekommen. Die Staatsrätin der Landesregierung für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, betonte heute die entscheidende Bedeutung eines offenen und transparenten Verfahrens für die Akzeptanz und das Gelingen der Energiewende:

"Um die Energiewende erfolgreich zu stemmen, müssen wir gemeinsam die notwendigen Schritte gehen. Dazu gehört der Ausbau der Übertragungsnetze. Bei der Netzentwicklungsplanung haben die Bürgerinnen und Bürger jetzt die frühe Chance, sich einzubringen", so Erler. "Eine stärkere gesellschaftliche Debatte rund um die richtige Infrastruktur für die Energiewende tut gut und deshalb erhoffe ich mir eine rege Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger."

Es gehe nicht nur darum, die Menschen im Land zu informieren, ergänzte Umweltminister Franz Untersteller: "Es geht darum, sie einzubinden, grundsätzlich und rechtzeitig, denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliches Projekt verstanden und umgesetzt wird."

An der Notwendigkeit eines modernisierten und insgesamt längeren Leitungssystems ließ der Umweltminister keinen Zweifel: "Wir brauchen die Netze, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Die Leitungen sorgen dafür, dass zum Beispiel das Angebot an Windstrom von den Anlagen in der Nordsee beim Nachfrager, den Industrien im Süden Deutschlands, ankommt. Der Netzausbau ist somit unverzichtbarer Bestandteil eines neuen, regenerativen und gleichzeitig sicheren Stromsystems!"

Ergänzende Informationen:

Der Netzentwicklungsplan (NEP) ist zentraler Bestandteil der Energiewende in Deutschland. Er enthält die für eine weitgehend regenerative Stromerzeugung in Deutschland notwendigen Netzoptimierungs- und Netzausbaumaßnahmen und basiert auf drei unterschiedlichen, von der Bundesnetzagentur öffentlich konsultierten und genehmigten Erzeugungsszenarien, die bis in das Jahr 2022 reichen. Der NEP in seiner aktuellen Fassung beschreibt den zukünftigen Übertragungsbedarf der Energie zwischen diversen Anfangs- und Endpunkten, er enthält damit noch keine Aussagen zu konkreten Trassenverläufen. Diese werden erst in der Bundesfachplanung durch die Bundesnetzagentur, beziehungsweise in der jeweiligen Raumordnung durch die Genehmigungsbehörden der Bundesländer festgelegt.

Der NEP und weitere Informationen sind im Internet abrufbar unter www.netzentwicklungsplan.de

Dort finden Bürgerinnen und Bürger auch Formulare für ihre direkte Beteiligung am Diskussionsprozess.

Die Rede des Umweltministers Franz Untersteller auf der heutigen Informationsveranstaltung steht unter dem Thema Energie ebenfalls im Netz www.um.baden-wuerttemberg.de